

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Transatlantische Kraftmeierei

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1986) : Transatlantische Kraftmeierei, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 10, pp. 478-479

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136202>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Transatlantische Kraftmeierei

Was viele sich von dem herbstlichen Währungsmarathon der Finanzminister und Notenbankgouverneure anlässlich der Jahresversammlung von IWF und Weltbank in Washington erhofft, manche vielleicht sogar erwartet hatten, wird es auch künftig nicht geben: eine international abgestimmte Strategie zur Stabilisierung des Dollarkurses, Entzerrung der Leistungsbilanzstrukturen, Sicherung einer offenen, stetig wachsenden Weltwirtschaft und Entschärfung des Verschuldungsproblems. Die Serie von Konferenzen, die mit dem Finanzministertreffen der EG in Gleneagles begonnen hatte und in Washington zu Ende ging, hat vielmehr die Grenzen der wirtschafts- und währungspolitischen Koordinierung im Dreieck USA-Japan-Europa angesichts anhaltender weltwirtschaftlicher Fehlentwicklungen und Risiken erneut unterstrichen.

Der Rückgriff auf ein Bündel „objektiver“ Indikatoren, eine amerikanische Idee, die der Interimsausschuß des IWF im April dieses Jahres gutgeheißen und der Tokioter Weltwirtschaftsgipfel im Mai bekräftigt hatte, erwies sich zwar als ein brauchbarer Ansatz zur Problemanalyse, brachte aber erwartungsgemäß keine neuen Erkenntnisse. Viel weniger waren die Industrieländer bereit, sich irgendwelchen konkreten Handlungszwängen zu unterwerfen. Bundesfinanzminister Stoltenberg sprach nicht nur für die Bundesrepublik, als er mechanistischen Rezepten eine Absage erteilte. Mit der Begründung „automatischer“ Zwänge wäre der Ansatz freilich auch überfordert. Was man an den Indikatoren ablesen kann, ist bestenfalls der Hinweis auf die Richtung möglicher wirtschaftspolitischer Maßnahmen, nicht jedoch auf ihre Ausgestaltung im einzelnen. Dazu sind die Signale der einzelnen Indikatoren in der Regel zu unterschiedlich.

Die USA und die Bundesrepublik hatten bereits im Vorfeld der Konferenzrunde ihre Positionen öffentlich aufgebaut. Jedes Zurückbleiben hinter diesen Positionen, und sei es aufgrund neuer, besserer Einsichten, mußte daher als „Niederlage“ im Ringen mit dem transatlantischen Kontrahenten gelten, ein Gesichtsverlust, den sich weder die Deutschen noch die Amerikaner glaubten leisten zu können. Es kann daher kaum überraschen, daß die deutschen Vertreter auch nach den Sitzungen in den zahlreichen Koordinierungsgremien weiterhin an ihrer Auffassung festhielten, daß eine zusätzliche (geldpolitische) Stimulierung in der Bundesrepublik nicht angezeigt sei. Bundesfinanzminister Stoltenberg mochte sich nur dazu verstehen, die zweite Runde der Steuersenkung einer Prüfung zu unterziehen, falls die deutsche Konjunktur im kommenden Jahr wider Erwarten abfallen sollte. Die USA wiederum ließen sich nicht in die von ihren europäischen und japanischen Partnern gewünschte wechselkurspolitische Disziplin einbinden. Bedenkt man, wie gern Finanzminister Baker bei jeder passenden Gelegenheit mit der „Keule“ eines weiteren Dollarverfalls droht, so hätte es wohl außerordentlicher wirtschaftspolitischer Zugeständnisse aller Partner – und nicht nur der Bundesrepublik – bedurft, um ihn zu einem Verzicht auf diese Waffe zu bewegen.

Der Sache war – und ist – die deutsch-amerikanische Kraftmeierei so wenig dienlich wie den beiderseitigen Beziehungen im allgemeinen. Zudem ist sie überflüssig. Beide Seiten haben im Grunde vernünftige Argumente, die, gebündelt, die Entwicklung einer sinnvollen Strategie erlauben sollten. Aus deutscher Sicht läßt sich darauf verweisen, daß die Inlandsnachfrage in der Bundesrepublik mit 4-4½ % derzeit kräftig wächst, angesichts einer deutlich langsameren Produktionsausweitung von 2½-3 % schlägt sich diese Nachfrageexpansion in (realen) Importen nieder, die dreimal so rasch steigen wie der Export. Dies kommt den amerikanischen Intentionen entgegen. Von einer geldpolitischen Stimulierung durch Senkung des Diskontsatzes wären in dieser Situation nennenswerte zusätzliche Effekte – insbesondere auf die Nachfrage nach amerikanischen Exportgütern – kaum zu erwarten, während die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik angesichts des schon heute zu registrierenden „Überschießens“ der Geldmenge leiden müßte.

Unterstützung könnten die Wachstumskräfte in der Bundesrepublik und anderen Industrieländern von einer koordinierten, glaubwürdigen Strategie zur Stabilisierung des Dollarkurses erfahren. Die Erwartung eines weiteren, unkontrollierten Dollarkursverfalls wirkt, wegen der damit verbundenen Ertragsrisiken, der Bereitschaft zu Investitionen in das Sachkapital entgegen und beeinträchtigt damit den angestrebten wirtschaftspolitischen Beschleunigungsprozeß. Die Stabilisierung der Wechselkurserwartungen entspricht deshalb dem wohlverstandenen Eigeninteresse auch der USA.

Das gilt um so mehr, als es schon eines außerordentlichen Dollarkursverfalls – nicht nur gegenüber Japan und Europa, sondern auch gegenüber Kanada sowie Südkorea, Taiwan und anderen exportstarken Schwellenländern – bedürfte, um das amerikanische Leistungsbilanzdefizit über den Wechselkurs allein zu kurieren. Die amerikanische Administration erkennt im Prinzip an, daß das externe Defizit wesentlich Ausdruck der amerikanischen Ersparnislücke ist: die inländische Ersparnis reicht nicht aus, um Investitionen und Budgetdefizit gleichzeitig zu finanzieren, so daß auf ausländische Mittel zurückgegriffen werden muß. Dem Nettokapitalzufluß in die USA entspricht dabei notwendigerweise ein Leistungsbilanzdefizit gleicher Größe. Während die Investition-Ersparnis-Relation durch einen fallenden Dollarkurs tendenziell beeinflußt wird, ist dennoch ohne eine deutliche Reduzierung des Haushaltsdefizits eine außenwirtschaftliche Gesundung nicht zu erwarten. Hier sind die Taten in den USA aber bisher hinter den Absichtserklärungen zurückgeblieben.

Die Zusammenhänge, die für die USA gelten, treffen mit umgekehrtem Vorzeichen auch für die Bundesrepublik und Japan zu. Ihre Leistungsbilanzüberschüsse lassen sich als Reflex „unzureichender“ inländischer Absorption der hohen Ersparnisbildung für Investitionen (oder die Finanzierung von Budgetdefiziten) interpretieren. Hierin liegt letztlich auch die theoretische Begründung für die amerikanische Forderung nach Zinssenkungen in der Bundesrepublik und Japan. Dabei wird freilich übersehen, daß es zu einer (weiteren) Belebung der Investitionstätigkeit – wie der gesamten Wirtschaftsaktivität – nicht notwendigerweise geldpolitischer Anreize bedarf. Amerikanische Regierungsvertreter haben in Washington denn letztlich auch konzediert, daß eine wirtschaftliche Stimulierung in der Bundesrepublik (wie in anderen Ländern) auch mit anderen Mitteln erreicht werden kann, die gezielter bei den Engpässen ansetzen.

Auf dieser Grundlage sollte es möglich sein, sich mit den Amerikanern zu treffen. Eine abgestimmte Strategie würde demnach die folgenden Kernelemente umfassen: die Reduzierung des Haushaltsdefizits in den USA in Verbindung mit einem Abbau von Investitions- und Aktivitätshemmnissen in Europa bei gleichzeitiger Stabilisierung des Dollarkurses durch eine stabilitätsgerechte Geldpolitik diesseits und jenseits des Atlantiks. Der spezifische Beitrag Europas bestünde dabei in der beschleunigten Verwirklichung des einheitlichen Binnenmarktes und seiner verstärkten Öffnung gegenüber Industrie- und Agrarprodukten aus Entwicklungs- und Schwellenländern, im Abbau der zahlreichen strukturellen Beschäftigungshemmnisse sowie in einer angebotsorientierten Steuer- und Haushaltspolitik. Die Bundesregierung, zu deren wirtschaftspolitischem Credo der marktwirtschaftliche Leistungswettbewerb gehört, könnte dabei Schrittmacherdienste leisten.